

„Es bedarf politischer Konzeption und Führung“

Wir erleben heute ein beispielloses Maß globaler Instabilitäten, auch als Ergebnis einer gescheiterten amerikanischen und westlichen Außenpolitik sowie globaler Einflussinteressen, mit der Folge der Erosion staatlicher Strukturen in einer Reihe afrikanischer und islamisch geprägter Staaten. Deren Folge ist nicht nur ein Zusammenbrechen der staatlichen Versorgungsstrukturen, ökonomische Umwälzungen, eine Verschlechterung der Lebensqualität, sondern eben auch jenes Machtvakuum, das zu Bürgerkriegen oder zum Islamischen Staat geführt hat. Letzterer ist beispielsweise personell aus den ehemaligen Führungskräften des Saddam-Regime, die in einem US-Militärgefängnis interniert waren, entstanden.

Als Ergebnis dieser Instabilität ganzer Staaten erleben wir heute Völkerwanderungen und eine der massivsten Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahrhunderte.

Diese Problemstellung, die sich am Horizont abzeichnete, haben wir teilweise ignoriert, mindestens aber unterschätzt, so dass uns heute die Wucht in der Zahl der Zuflucht Suchenden wie ein Hammer Schlag vorkommt. Wer an dieser Stelle politisches Versagen nur beim jeweils anderen sucht, irrt sich am Ende über sich selbst, denn von den Parteien bis zum Journalismus waren alle gleichermaßen mit wenig Fähigkeit gesegnet.

Zwischen Emotion und Nüchternheit

Die Komplexität dieser Diskussion wird zusätzlich erschwert, weil wir uns alle - ob in unseren Idealen oder Ängsten - im Spannungsbogen zwischen eigenen Emotionen und dem, was sich nüchtern an Fakten ergibt, bewegen. Dabei ist die Frage, anderen zu helfen, die durch Krieg, Terror und Zerstörung bedroht sind, mehr als eine Frage des Grundgesetzes sondern vielmehr eine der inneren Haltung und Humanität, der eigenen Geschichte und der Verantwortung, die wie als Menschen füreinander tragen.

Dennoch ist das Asylrecht ein enges Recht, das oft Gefahr läuft, in der öffentlichen Debatte mit Einwanderung vermischt zu werden. Die Unterscheidung ist jedoch wesentlich. Während das Asylrecht unter dem Aspekt der politischen Verfolgung uns einen klaren Auftrag erteilt, ist die Motivation von Einwanderung – die meist der Wunsch nach einem besseren Leben für sich selbst und seine Nachkommen ist – nicht

weniger legitim, aber es bedarf anderer Regeln und Instrumente. Allein schon deshalb, um das Asylrecht und seine Institutionen nicht zu überfordern, da alles auf diese einströmt. Wir werden der Notwendigkeit der Debatte nicht entkommen, miteinander zu klären, unter welchen Voraussetzungen und auf welchem Wege Einwanderung möglich ist. Wer sich einer Professionalisierung der Einwanderungsgesetze verweigert, hat mitunter die Überforderung des Asylrechtes zu verantworten.

Politische Hysterie gefährdet Gesellschaft und Staat

Bereits seit Wochen verfolgen wie eine breite Debatte über die Frage von Grenzsicherung bzw. der Einführung einer Obergrenze für das Asylrecht.

Wer der festen Überzeugung ist, wir müssten die Grenzen unseren Landes schließen, sollte vielleicht zuvor sich die Mühe machen, eine Landkarte zur Hand zu nehmen. Er wird feststellen, dass wir nicht nur eines der Länder mit den meisten Nachbarländern sind, sondern über 3.757 Kilometer Außengrenze (ohne Bodensee) verfügen. Selbst wenn wir nur die Hälfte dieser Grenze sichern müssten, stellt sich die Frage der logistischen Machbarkeit. Vielmehr noch muss jener erklären, was denn die Konsequenz ist, wenn Menschen in ihrer Verzweiflung auch diese Grenzsicherung überwinden? Am Ende bleibt nur die Erkenntnis übrig, dass diese Maßnahme weder logistisch machbar, noch am Ende effektiv ist, von der Verletzung des grundgesetzlichen Auftrages ganz zu schweigen.

Das Grundgesetz sieht im Asylrecht keine Obergrenzen vor. Es ist auch nicht Aufgabe einer Verfassung, zum Detailwerk degradiert zu werden. Die Verfassung ist vielmehr ein Rahmen in dem die Grenzen von Staat und Gesellschaft, aber auch Eckpfeiler unserer Werte und Normen verankert sind, und das Asylrecht gehört unverzichtbar dazu. Aber dies entlässt uns nicht aus der Erkenntnis einer gesellschaftlichen und ökonomischen Begrenzung von Leistungsfähigkeit eines Staates.

Unabhängig der Thematik geflüchteter Menschen ist jeder Staat, jede Region aus der Theorie der Begrenztheit von Ressourcen nur in der Lage, eine begrenzte Anzahl von Menschen effektiv zu versorgen. Wer dem widerspricht, sollte sich fragen, wie die Kommentarlage wohl wäre, wenn Berlin bis Ende nächsten Jahres eine Million geflüchteter Menschen aufnehmen sollte oder warum es eigentlich Hungersnöte gibt oder globale Ressourcenkämpfe. Diese

Erkenntnis macht umso deutlicher, dass die Europäische Union keine Einbahnstraße sein darf, wo Solidarität nur gefordert wird, wenn der Fördermitteltopf winkt, sondern bei dem alle zusammen Lasten tragen. Dass es ausgerechnet die Griechen sind, die gegenwärtig mit einer der Hauptlasten konfrontiert sind, wirkt schon fast tragisch.

Gleichwohl ist ein Staat, der in diesem Jahr mehrere Milliarden Euro an Überschüssen erzielt, weit entfernt, vom Erreichen einer ökonomischen Belastungsgrenze sprechen zu können.

Viel interessanter ist die Frage der gesellschaftlichen Grenze von Belastbarkeit. Sie wird maßgeblich bestimmt von den Gedanken und Gefühlen des Einzelnen, dem Widerspiegeln dieser in Gruppenbewegungen im Verhältnis zum Vertrauen in die politischen und staatlichen Institutionen. Umso stärker die politisch-staatliche Integrations- und Identifikationsfähigkeit, desto geringer die Gefahr von Hysterie- oder gar extrempolitischen Bewegungen.

Diese aktuelle Herausforderung ist nicht nur geprägt durch die zahlenmäßige Dynamik an ankommende Menschen und die logistisch-organisatorischen Anforderungen, sondern durch eine Phase des Mangels an Integrations- und Identifikationskraft der politisch Handelnden.

Statt politischer Konzeption und Führung erleben wir auf allen Seiten Interview- und Talkshowexzesse, in denen Vorschläge herausposaunt werden, die teilweise Stunden später wieder eingefangen oder relativiert werden. Die Kanzlerin mag mit der jetzt schon in die Historie eingehenden Aussage „Wir schaffen das“ ihr politisches Schicksal gebunden haben, aber auch sie ist dem Publikum die Frage des „Wie“ schuldig geblieben. Gleichwohl auf vielen Ebenen zur Ehrenrettung fleißig und engagiert gearbeitet und alles versucht wird, diese Herausforderung zu bewältigen, ist ein politisches Gesamtkonzept nicht erkennbar. Die unausweichliche Folge ist, dass denen Raum gegeben wird, die mit stumpfen Parolen und Forderungen auf der Suche nach Mehrheiten zur Befriedigung ihrer politischen Machtgelüste sind. Aber auch Teile der Medien tragen in manch unüberlegtem Kommentar und der Berichterstattung zu Eskalation und Vertrauensverlust bei. Sie stehen aber nicht minder in der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung wie die Politik selbst.

Chancen und künftige Herausforderungen erkennen

Wir können die Bewährungsprobe auch als Chance begreifen. Über Jahrzehnte haben wir, das Baurecht

ist ein hervorragendes Beispiel, einen Dschungel an bürokratischem Irrsinn geschaffen. Anstatt an einigen Stellen Mut zur freien Handlung zu haben, haben wir bis zur letzten Schraube alles mit Vorschriften und Verordnungen versehen, dass man zum Aufstellen einer Hundehütte schon fast eine juristische Fachanwaltskanzlei braucht, um durch diesen Dickicht zu kommen. Wir legen Wert auf hohen Standard und Sicherheit, aber vielleicht ist an manchen Stellen auch 90 Prozent hervorragend, wenn man dafür wenigstens ein Maß an Überblick erhält. Bezeichnenderweise haben dies wir bei den Finanzmärkten – wo Regulierungen dringend erforderlich wäre – immer noch nicht vermocht.

Mit Blick auf die Europäische Union werden wir zu ähnlichen Erkenntnissen kommen. Entweder wir haben den Mut einen neuen Reformations- und Vertragsprozess zur Klärung von Struktur und Verantwortungsverteilung zu starten, oder wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, ob aus den ehemaligen Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft heraus etwas Neues entstehen muss.

Am Ende jedoch muss uns klar sein, dass wir erst am Anfang eines Anstrengungsprozesses stehen. Denn niemand soll Zweifel daran haben: Die auslösende Instabilität wird auf absehbare Zeit nicht beendet sein. Viele Menschen werden bleiben und die Frage der Integration, der Versorgung mit Wohnraum und Arbeit klopft bereits an die Tür. Genauso wie die Frage der Vermittlung unseres Rechts- und Wertesystems. Zwar sind gar nicht mal so wenige der geflüchteten Menschen mit unserer Kultur vertrauter, als wir vielleicht annehmen, dennoch wird es u.a. um Religionsfreiheit, der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Liberalität gegenüber anderen Lebensentwürfen Konflikte geben. Diese Konflikte werden nicht in den Noteinrichtungen bleiben, sondern vielmehr in die Bezirke und damit in die Breite der Gesellschaft entlassen, und damit werden wir schließlich alle gefragt sein, Konzeptionen zu entwickeln, diesem zu begegnen.

Zum Schluss glaube ich, tun wir nicht gut daran, in dieser Debatte uns politischer Taktik hinzugeben oder im Meinungsabsolutismus die Verteilung von Intelligenz und Dummheit der politisch Verantwortlichen verteilen zu wollen. In dieser Herausforderung erscheint selbst die Rollenverteilung in Regierung und Opposition in Frage gestellt, denn wir können scheitern, wenn es uns nicht gelingt, Konzeption und politische Integration der Bevölkerung zu erzeugen.

Jan Hofberg